

No. 35917

**Venezuela
and
Germany**

Treaty between the Republic of Venezuela and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments (with protocol). Caracas, 14 May 1996

Entry into force: *16 October 1998 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 12*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Venezuela, 14 July 1999*

**Venezuela
et
Allemagne**

Traité entre la République du Venezuela et la République fédérale d'Allemagne relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements (avec protocole). Caracas, 14 mai 1996

Entrée en vigueur : *16 octobre 1998 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 12*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Venezuela, 14 juillet 1999*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Vertrag
zwischen
der Republik Venezuela
und
der Bundesrepublik Deutschland
über
die Förderung und den gegenseitigen Schutz von
Kapitalanlagen

**Die Republik Venezuela
und
die Bundesrepublik Deutschland -**

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

- 1. umfaßt der Begriff "Kapitalanlagen" alle Arten von Vermögenswerten, insbesondere aber nicht ausschließlich**
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;**
 - b) Aktien, Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften,**
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben,**

- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
- eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
- 2. bezeichnet der Begriff "Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
 - 3. bezeichnet der Begriff "Staatsangehörige"
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Republik Venezuela:
Venezolaner im Sinne der venezolanischen Rechtsvorschriften;
 - 4. bezeichnet der Begriff "Gesellschaften"

juristische Personen sowie Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

- (1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren

Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig entsprechend den allgemein anerkannten Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts behandeln.

(2) Dieser Vertrag findet Anwendung auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Gesetzgebung vorgenommen worden sind. Diese Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz dieses Vertrags. Das gleiche gilt für Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch für deren Erträge.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter der tatsächlichen Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

- (1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen rechtlichen Schutz und Sicherheit.

- (2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem geschäftüblichen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und in frei konvertierbarer Währung transferierbar sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem Verfahren vor den zuständigen Gerichten nachgeprüft werden können.

- (3) Greift eine Vertragspartei gemäß Absatz 2 in die Vermögenswerte einer Gesellschaft ein, an der Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei beteiligt sind, so leistet sie hinsichtlich dieser Beteiligung entsprechende Entschädigung nach Absatz 2.

- (4) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 5

- (1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den uneingeschränkten Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
 - b) der Erträge;
 - c) zur Rückzahlung der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c genannten Darlehen;
 - d) der Arbeitsentgelte;
 - e) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
 - f) der Entschädigungen nach Artikel 4 Absätze 2 und 3;
 - g) der Entschädigung nach Artikel 4 Absatz 4, soweit sie in Geld geleistet wird.
- (2) Der Transfer erfolgt unverzüglich zu dem jeweils gültigen Marktkurs.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei oder ein von ihr bevollmächtigtes Unternehmen ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung, die zur Deckung nicht kommerzieller Risiken für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei übernommen wurde, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Kraft Gesetzes oder durch Rechtsgeschäft erfolgte Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften auf die erstgenannte Vertragspartei oder das von ihr bevollmächtigte Unternehmen an. Die andere Vertragspartei erkennt auch den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei oder des von ihr bevollmächtigten Unternehmens in diese Rechte und Ansprüche des Rechtsvorgängers nach Grund und Höhe an. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Rechte und Ansprüche gilt Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine gemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf die Behandlung von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für Angelegenheiten, die sich nach Inkrafttreten dieses Vertrags in bezug auf Kapitalanlagen ergeben, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Er gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten über Angelegenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheiten einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten über Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage dieses Vertrags und gegebenenfalls anderer zwischen den Vertragsparteien geltender Übereinkünfte, des nationalen Rechts der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition belegen ist, einschließlich der Regeln des Internationalen Privatrechts und der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Völkerrechts.

(4) Das Schiedsgericht stellt in seinem Schiedsspruch fest, ob das Verhalten der Vertragspartei mit dem Vertrag vereinbar ist. Für den Fall, daß das Schiedsgericht einen Verstoß der Vertragspartei gegen ihre Verpflichtungen aus diesem Vertrag feststellt, befindet es über die dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft gegebenenfalls entstandenen Schäden und beschränkt sich im Schadensfall darauf, die sich hieraus für die Vertragspartei ergebenden finanziellen Verpflichtungen festzulegen.

(5) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem in Absatz 2 genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Die in Absatz 4 genannten finanziellen Verpflichtungen werden gemäß den Bestimmungen dieses Übereinkommens vollstreckt.

(6) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel II

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel I2

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft, nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf der ersten fünfzehn Jahre kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 11 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Caracas am _____ in zwei Urschriften, jede in spanischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Republik Venezuela



Für die
Bundesrepublik Deutschland



Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Venezuela und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Für die Feststellung, ob der Begriff „Gesellschaften“ nach Artikel 1 Absatz 4 anwendbar ist, wird auf ihren Sitz abgestellt, wobei hierunter der Ort zu verstehen ist, an dem die Gesellschaft ihre Hauptverwaltung hat.
- b) Artikel 1 Absatz 4 läßt die Gesetzgebung der Vertragsparteien bezüglich der Rechtspersönlichkeit von Gesellschaften unberührt.
- c) Der Vertrag gilt auch in den Hoheitsgebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Hoheitsgebieten erlaubt.

(2) Zu Artikel 3

- a) Eine Kapitalanlage steht insbesondere dann unter der tatsächlichen Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei, wenn diese an einer Gesellschaft im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nicht unwesentlich beteiligt sind und an den Entscheidungen der Gesellschaft wesentlich mitwirken.
- b) Als "Betätigung" im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 sind insbesondere, aber nicht ausschließlich, anzusehen: weniger günstige Behandlung beim Bezug von Rohstoffen und anderen Zulieferungen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art und beim

Absatz von Erzeugnissen im In- und Ausland. Maßnahmen, die aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit und öffentlichen Ordnung, der Volksgesundheit oder Sitlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.

c) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

d) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von

i) Staatsangehörigen der einen Vertragspartei, die als Investoren;

ii) anderen Personen, die zur Ausübung einer qualifizierten Tätigkeit

im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich aufhalten wollen, wohlwollend prüfen. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis für diese Personen werden wohlwollend geprüft.

(3) Zu Artikel 5

a) Arbeitsentgelte gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d sind diejenigen der Personen, die auf Betreiben des Investors zur Ausübung einer qualifizierten Tätigkeit im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage eingereist sind.

b) Als unverzüglich durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Durchführung eines Transfers erforderlich ist. Diese Frist darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

c) Für den Fall, daß ein freier Devisenmarkt nicht besteht, werden Transfers nach Artikel 5 zu einem Kurs vorgenommen, der nicht wesentlich von dem Kreuzkurs (cross-rate) abweichen soll, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

(4) Zu Artikel 10

a) Solange die Republik Venezuela nicht Vertragsstaat des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten ist, wird die Meinungsverschiedenheit, sowie die an der Streitigkeit beteiligten Parteien keine andere Regelung treffen, einem Schiedsverfahren vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten nach den Regeln der Additional Facility für die Verwaltung von Verfahren durch das Sekretariat des Zentrums (Regeln über die Additional Facility) unterworfen.

b) Ist ein Schiedsverfahren nach den Regeln der Additional Facility nicht möglich, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einem ad-hoc-Schiedsverfahren nach den UNCITRAL-Schiedsregeln unterworfen.

c) Die Bestimmungen des Artikels 10, Absätze 3 bis 6 gelten entsprechend in den unter den Buchstaben a und b genannten Fällen.

(5) Unbeschadet der zwischen den beiden Vertragsparteien geltenden internationalen Übereinkünfte schränkt keine der Vertragsparteien die Freiheit des Kapitalanlegers ein, für die Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit seiner Kapitalanlage stehen, ein Transportunternehmen seiner Wahl zu beauftragen. Die Vertragspartei erteilt die für die Beförderung gegebenenfalls erforderlichen Genehmigungen.

Geschehen zu Caracas am _____ in zwei Urschriften, jede in spanischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Republik Venezuela



Für die
Bundesrepublik Deutschland



[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

**TRATADO ENTRE LA REPUBLICA DE VENEZUELA Y
LA REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA PARA LA PROMOCION
Y PROTECCION RECIPROCA DE INVERSIONES**

LA REPUBLICA DE VENEZUELA Y LA REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA,

CON EL DESEO de intensificar la cooperación económica entre ambos Estados,

CON EL PROPOSITO de crear condiciones favorables para las inversiones de los nacionales o sociedades de cada uno de los dos Estados en el territorio del otro Estado,

RECONOCIENDO que la promoción y la protección de esas inversiones mediante un tratado pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

han convenido lo siguiente:

Artículo 1

A los fines del presente Tratado

1. El concepto de "inversiones" designa todo tipo de activo, en particular, pero no exclusivamente:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, tales como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) las acciones, derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades;
 - c) los derechos a fondos empleados para crear un valor económico o a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) los derechos de propiedad intelectual, tales como los derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, diseños y modelos industriales y comerciales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, "know how" (conocimientos técnicos y gerenciales) y "good will" (prestigio y clientela);
 - e) las concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de prospección y explotación;

las modificaciones en las formas de inversión de los activos no afectan en su carácter de inversiones.

2. El concepto de "ingresos" designa las sumas obtenidas de una inversión, tales como las participaciones en los beneficios, los dividendos, los intereses, los derechos de licencia u otras remuneraciones.

3. El concepto de "nacionales" designa:

a) con referencia a la República Federal de Alemania:

los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;

b) con referencia a la República de Venezuela:

los venezolanos en el sentido de las disposiciones legales vigentes en Venezuela.

4. El concepto de "sociedades" designa todas las personas jurídicas, así como todas las sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personería jurídica que tengan su sede en el territorio de una de las Partes Contratantes, independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro.

Artículo 2

1. Cada una de las Partes Contratantes promoverá dentro de su territorio las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante y las admitirá de conformidad con sus disposiciones legales. En todo caso tratará las inversiones justa y equitativamente, según las reglas y principios generalmente reconocidos por el Derecho Internacional.

2. El presente Tratado se aplicará a las inversiones realizadas por nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes en el territorio de la otra Parte Contratante de acuerdo con las disposiciones legales de esta última. Esas inversiones gozarán de la plena protección del presente Tratado. Lo mismo se aplicará a los ingresos derivados de inversiones y, en el caso de que sean reinvertidos, a los ingresos derivados de la reinversión.

3. Ninguna de las Partes Contratantes obstaculizará en su territorio la administración, la utilización, el uso o el goce de las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

Artículo 3

1. Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a las inversiones que sean propiedad de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante o estén bajo su control efectivo, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de sus propios nacionales y sociedades o a las inversiones de nacionales y sociedades de terceros Estados.

2. Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

3. Dicho trato no se extenderá a los privilegios que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales y sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio o por asociación a tales agrupaciones.

4. El trato acordado por el presente artículo no se extenderá a las ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos en materia impositiva.

Artículo 4

1. Las inversiones de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de protección y seguridad jurídicas plenas en el territorio de la otra Parte Contratante.

2. Las inversiones de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes sólo podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas o sometidas a otras medidas que en sus efectos equivalgan a expropiación o nacionalización, por causas de utilidad pública, y deberán en tal caso ser indemnizadas. La indemnización deberá corresponder al valor que tenga la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación, la nacionalización o la medida equivalente, efectiva o inminente. La indemnización deberá abonarse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago según el tipo de interés comercial normal; deberá ser efectivamente realizable y transferible en moneda de libre convertibilidad. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, y el monto de la indemnización, deberán ser revisables en un procedimiento ante los tribunales competentes.

3. La Parte Contratante que adopte cualquiera de las medidas mencionadas en el párrafo 2 respecto de activos de una sociedad en la cual tengan participación nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante indemnizará a éstos de acuerdo con las reglas y principios establecidos en el párrafo 2 por la parte que les corresponde.

4. Los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o insurrección en el territorio de la otra Parte Contratante, no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales y sociedades o que los nacionales y sociedades de terceros Estados, en lo referente a restituciones, compensaciones, indemnizaciones u otros resarcimientos.

Artículo 5

1. Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la transferencia irrestricta de los pagos relacionados con una inversión, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión;
- b) de los ingresos;
- c) de la amortización de los préstamos definidos en el inciso c) del apartado 1 del artículo 1;
- d) de las retribuciones salariales;
- e) del producto de la venta o liquidación total o parcial de la inversión;
- f) de las indemnizaciones previstas en los párrafos 2 y 3 del artículo 4;
- g) de las indemnizaciones a que se refiere el párrafo 4 del artículo 4, cuando se trate de pagos en dinero.

2. La transferencia se efectuará sin demora, al tipo de cambio del mercado vigente para el momento de la misma.

Artículo 6

Si una Parte Contratante o una empresa autorizada por ella realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía para cubrir riesgos no comerciales otorgada a una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante, esta última, sin perjuicio de los derechos que en virtud del artículo 9 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá el traspaso por disposición legal o por acto jurídico de todos los derechos de aquellos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante o la empresa autorizada por ella. Asimismo, la otra Parte Contratante reconocerá la causa y el alcance de la subrogación de la primera Parte Contratante en estos derechos del titular anterior. Para la transferencia de los pagos en virtud de los derechos transferidos regirá, *mutatis mutandis*, el artículo 5.

Artículo 7

1. Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes o de las obligaciones emanadas del Derecho Internacional no contempladas en el presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

2. Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación al trato de las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 8

El presente Tratado se aplicará también a los asuntos surgidos después de su entrada en vigor en relación a las inversiones efectuadas por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante, conforme a las leyes y reglamentaciones de la otra Parte Contratante, en el territorio de esta última antes de la entrada en vigor del mismo. Sin embargo, no se aplicará a las controversias sobre asuntos anteriores a su vigencia.

Artículo 9

1. Las controversias que surjan entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán, en lo posible, ser dirimidas por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes.

2. Si una controversia no pudiera ser dirimida de esa manera, será sometida a un tribunal arbitral a petición de cualquiera de las Partes Contratantes.

3. El tribunal arbitral será constituido ad-hoc; cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado, que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, el Presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra que desea someter la controversia a un tribunal arbitral.

4. Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las dos Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de ninguna de las Partes Contratantes.

5. El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del Presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por las dos partes Contratantes. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

Artículo 10

1. Las controversias que surjan entre una de las partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra parte Contratante sobre derechos y obligaciones derivadas del presente Tratado en relación con las Inversiones deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas entre las partes en la controversia.

2. Si una controversia no pudiere ser dirimida dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes en la controversia la haya hecho valer, será sometida, a petición del nacional o de la sociedad, a un procedimiento arbitral. En la medida en que las partes en la controversia no lleguen a un arreglo en otro sentido, la controversia se someterá a un procedimiento arbitral conforme al Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados de 18 de marzo de 1965.

3. El tribunal arbitral decidirá sobre la base del presente Tratado y, en su caso, sobre la base de otros tratados vigentes entre las Partes, del derecho interno de la Parte Contratante en cuyo territorio esté situada la Inversión, incluyendo sus normas de derecho internacional privado y de los principios generales del derecho internacional.

4. El tribunal arbitral, en su laudo, determinará si la conducta de la Parte Contratante se ha ajustado a lo estipulado en el presente Tratado. En caso de que el tribunal arbitral determine que la Parte Contratante ha incumplido sus obligaciones conforme a este Tratado, determinará los daños, si los hubiere, causados al nacional o sociedad. En caso de existir daños, se limitará a fijar las obligaciones monetarias resultantes para la Parte Contratante.

5. El laudo arbitral será obligatorio y no podrá ser objeto de otros recursos o demás acciones legales que los previstos en el Convenio mencionado en el párrafo 2. Las obligaciones monetarias a las que se refiere el párrafo 4 serán ejecutadas con arreglo a las disposiciones de dicho Convenio.

6. La Parte Contratante implicada en la controversia no alegará durante un procedimiento arbitral o la ejecución de un laudo arbitral el hecho de que el nacional o la sociedad de la otra Parte Contratante haya recibido una indemnización resultante de un seguro por una parte del daño o por el daño total.

Artículo 11

El presente Tratado regirá independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre las Partes Contratantes.

Artículo 12

1. El presente Tratado está sujeto a ratificación. Los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible en Bonn.

2. El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de quince años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que una de las Partes Contratantes lo denuncie por escrito con un preaviso de doce meses antes de su expiración. Transcurridos los primeros quince años, el Tratado podrá denunciarse en cualquier momento, con un preaviso de doce meses.

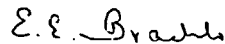
3. Para Inversiones realizadas antes de la fecha de terminación del presente Tratado, las disposiciones de los artículos 1 a 11 seguirán rigiendo durante los quince años subsiguientes a dicha fecha.

Hecho en Caracas, el 14 de mayo de 1996, en dos ejemplares originales, en idioma español y alemán cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la
República de Venezuela


Miguel Angel Burell Rivas
Ministro de Relaciones Exteriores

Por la
República Federal de Alemania


Eike E. Bracklo
Embajador de la República Federal
de Alemania

Protocolo

En el acto de la firma del Tratado entre la República de Venezuela y la República Federal de Alemania sobre Promoción y Protección Recíproca de Inversiones, los plenipotenciarios abajo firmantes han adoptado las siguientes disposiciones, que se consideran como parte integrante del Tratado:

(1) Ad artículo 1:

a) Para determinar si el concepto de "sociedades" de acuerdo a lo dispuesto en el artículo 1, párrafo 4, es aplicable, se atenderá a su sede, la cual se entenderá como lugar en el que la sociedad tenga su administración principal.

b) El artículo 1, párrafo 4 no afecta a la legislación de cada Parte Contratante relativa a la personería jurídica de las sociedades.

c) El Tratado se aplicará también a las áreas de la Zona Económica Exclusiva y de la Plataforma Continental sobre las cuales el Derecho Internacional concede a la Parte Contratante correspondiente derechos de soberanía o jurisdicción.

(2) Ad artículo 3:

a) Se considerará especialmente que una inversión está bajo el control efectivo de nacionales o sociedades de una Parte Contratante, cuando éstos mantengan participaciones sustanciales en una sociedad en el territorio de la otra Parte Contratante y participen de forma significativa sus decisiones.

b) Por "actividades" en el sentido del párrafo 2 del artículo 3 se considerarán, en especial, pero no exclusivamente, la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión. Se considerarán, en especial, pero no exclusivamente como trato "menos favorable" en el sentido del artículo 3 a las condiciones menos favorables para una inversión que afecten a la adquisición de materias primas y otros insumos, energía y combustibles, así como de medios de producción y de explotación de toda clase, o a la venta de productos en el interior del país y en el extranjero. No se considerarán como trato "menos favorable" en el sentido del artículo 3 las medidas que se adopten por razones de seguridad interna o externa y orden público, sanidad pública o moralidad.

c) Las disposiciones del artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales que según las leyes tributarias sólo se concedan a las personas naturales residentes en su territorio o a las sociedades que tengan su sede en él a las personas naturales residentes en el territorio de la otra Parte Contratante o a las sociedades que tengan su sede en el territorio de la otra Parte Contratante.

d) Cada Parte Contratante, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, considerará con buena disposición las solicitudes de inmigración y residencia de:

i) nacionales de la otra Parte Contratante que soliciten ingresar a su territorio como inversores, y

ii) personas que vayan a ejercer una actividad calificada en relación con una inversión.

Igualmente considerarán con buena disposición las solicitudes de permiso de trabajo para esas personas.

(3) Ad artículo 5:

a) Las retribuciones salariales a las que se refiere el artículo 5, párrafo 1, literal d) son las de personas que, por iniciativa del inversor, han ingresado al territorio para ejercer actividades calificadas en relación con la inversión.

b) Se considerarán efectuadas "sin demora" en el sentido del artículo 5, párrafo 2, las transferencias realizadas dentro del plazo normalmente necesario para la ejecución de una transferencia. Este plazo bajo ninguna circunstancia excederá de dos meses.

c) En caso de no existir un mercado libre de cambio, las transferencias a las que se refiere el artículo 5 se efectuarán a un tipo de cambio que no deberá diferir substancialmente del tipo cruzado (cross rate) resultante de los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicarla en la fecha del pago al cambio de las monedas correspondientes en derechos especiales de giro.

4) **Ad artículo 10:**

(a) Mientras la República de Venezuela no se haya hecho Parte del Convenio sobre el Arreglo de Diferencias relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados de 18 de marzo de 1965, la controversia será sometida a un procedimiento arbitral ante el Centro Internacional para el Arreglo de Diferencias relativas a Inversiones conforme a las reglas que rigen el Mecanismo Complementario para la Administración de Procedimientos por la Secretaría del Centro (Reglas sobre el Mecanismo Complementario), en cuanto las partes en la controversia no hayan llegado a otro arreglo.

(b) En caso de que no fuera posible recurrir al procedimiento arbitral conforme a las Reglas sobre el Mecanismo Complementario, la controversia será sometida, a petición del nacional o de la sociedad, a un procedimiento arbitral ad-hoc, según la Reglas de Arbitraje de la Comisión de las Naciones Unidas para el Derecho Mercantil Internacional.

(c) Los párrafos 3, 4, 5 y 6 del artículo 10 se aplicarán, mutatis mutandis, a los casos señalados en los párrafos a) y b).

(5)


Sin perjuicio de las normas de cualquier otro acuerdo Internacional que rija entre las Partes Contratantes, ninguna de las Partes Contratantes restringirá la libertad del inversor de utilizar la empresa de transporte de su elección para el transporte de mercaderías y personas en relación con su inversión. A tal efecto, cada Parte Contratante concederá las autorizaciones necesarias.

Hecho en Caracas, el 14 de mayo de 1996, en dos ejemplares originales, en idioma español y alemán cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la
República de Venezuela


Miguel Ángel Burelli Rivas
Ministro de Relaciones Exteriores

Por la
República Federal de Alemania


Elke E. Brackdo
Embajador de la República
Federal de Alemania

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE REPUBLIC OF VENEZUELA AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY FOR THE PROMOTION AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Republic of Venezuela and the Federal Republic of Germany,

Desiring to intensify economic cooperation between both States,

Intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies of each State in the territory of the other States,

Recognizing that the encouragement and contractual protection of such investment are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Treaty,

(1) The term "investments" shall apply to assets of any category and particularly, but not exclusively, to:

(a) Movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;

(b) Shares, stocks in companies and other forms of participation in companies;

(c) Claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;

(d) Intellectual property rights, such as copyrights, patents, utility models, industrial and commercial designs and models, trade marks and trade names, industrial and commercial secrets, technical processes, know-how and goodwill;

(e) Business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources.

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as an investment.

(2) The term "income" shall mean the amounts yielded by an investment such as profits, dividends, interest, licence fees and other remuneration.

(3) The term "nationals" shall mean:

(a) In respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany; (b) In respect of the Republic of Venezuela: Venezuelans within the meaning of the legal provisions in force in Venezuela.

(4) The term "companies" shall mean any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of either Contracting Party whether or not its activities are directed at profit.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall encourage investments by nationals or companies of the other Contracting Party in its territory and shall admit such investments in accordance with its legal provisions. In any case each Party shall accord fair and equitable treatment to investments, in accordance with the generally accepted rules and principles of international law.

(2) This Treaty shall apply to investments made by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with the legal provisions of the latter Party. Such investments shall enjoy full protection under this Treaty. This shall also apply to income from investments and, if it is reinvested, to income from reinvestments.

(3) Neither Contracting Party shall impede the management, utilization, use or enjoyment of investments of nationals or companies of the other Contracting Party in its territory through arbitrary or discriminatory measures.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory belonging to or under the effective control of nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

(3) Such treatment shall not include privileges which may be extended by either Contracting Party to nationals or companies of third States on account of its membership in a customs or economic union, common market or free trade area or association with such groupings.

(4) The treatment under this article shall not extend to privileges accorded by a Contracting Party to nationals or companies of a third State by virtue of an agreement for the avoidance of double taxation or other tax agreements.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection as well as juridical security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall be expropriated, nationalized or subject to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party, only for reasons of public interest and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the investment expropriated immediately before the effective or impending expropriation, nationalization or equivalent measure became public knowledge.

The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual commercial interest until the date of payment; it shall be readily convertible and transferable in freely convertible currency. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by the competent courts.

(3) A Contracting Party which adopts any of the measures referred to in paragraph 2 in respect of the assets of a company in which nationals and companies of the other Contracting Party have an interest shall compensate them for their share in accordance with the rules and principles set out in paragraph 2.

(4) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency or insurrection shall be accorded by the latter Contracting Party treatment which is no less favourable than that accorded to its own nationals or companies, or the nationals or companies of third States, as regards restitution, compensation, indemnification or other valuable consideration.

Article 5

(1) Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the unrestricted transfer of payments in connection with an investment, including:

- (a) The capital and additional amounts to maintain or increase the investments;
- (b) The income;
- (c) Repayment of loans defined in article 1, paragraph 1 (c);
- (d) Salary payments;
- (e) The proceeds from the sale of the whole or any part of the investment;
- (f) The compensation provided for by article 4, paragraphs 2 and 3.
- (g) The compensation referred to in article 4, paragraph 4, where cash payments are involved.

(2) The transfer shall be effected without delay at the market rate of exchange at the time of the transfer.

Article 6

If either Contracting Party or an enterprise authorized by it makes payments to its nationals or companies under a guarantee it has assumed to cover non-commercial risks of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under article 9, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim from such national or company to the former Contracting Party or the enterprise authorized by it. The latter Contracting Party shall also recognize the reasons for and extent of the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As

regards the transfer of payments by virtue of such assignment, article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereinafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, take precedence over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it may have entered into with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 8

This Treaty shall also apply to matters arising after its entry into force in connection with investments by nationals or companies of either Contracting Party consistent with the laws and regulations of the other Contracting Party in the territory of the latter prior to the entry into force of the Treaty. It shall not, however, apply to disputes concerning matters arising prior to its entry into force.

Article 9

(1) Disputes between the Contracting Parties relating to the interpretation or application of this Treaty shall, as far as possible, be settled by the Governments of both Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot be thus settled, it shall, at the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

(3) The arbitral tribunal shall be established on an *ad hoc* basis. Each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall, by agreement, designate a national of a third State as chairman who shall be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members shall be appointed within two months and the chairman within three months after either Contracting Party informed the other Party of its intention to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the time-limits provided for under paragraph 3 are not met, and in the absence of any other agreement, either Contracting Party may request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or is otherwise prevented from discharging the said function, the appointments shall be made by the Vice-President. If the Vice-President is also a national of either Contracting Party or is also prevented from discharging the said function, the appointments shall be made by the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party.

(5) The arbitral tribunal shall take its decisions by a majority of votes. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall defray the costs of the arbitrator it has appointed and of its representation in the arbitral proceedings. The costs of the chairman and the remaining costs shall be defrayed in equal parts by the two Contracting Parties. In all other respects, the tribunal shall determine its own procedure.

Article 10

(1) Disputes concerning risks and obligations arising under this Treaty in connection with investments between one of the Contracting Parties and a national or company of the other Contracting Party shall as far as possible be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If a dispute cannot be settled within six months from the date on which one of the parties concerned gave notice of the dispute, it shall, at the request of the national or company concerned, be submitted to arbitral proceedings. When the parties to the dispute have not agreed otherwise, the dispute shall be submitted to arbitral proceedings under the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965.

(3) The arbitral tribunal shall issue its ruling in accordance with the provisions of this Treaty, with those of other treaties existing between the Parties, with the laws in force in the Contracting Party in which the investments were made, including its rules of private international law, and with the general principles of international law.

(4) In its award, the arbitral tribunal shall determine whether the conduct of the Contracting Party is in conformity with the provisions of this Treaty. If the arbitral tribunal finds that the Contracting Party has failed to comply with its obligations under this Treaty, it shall determine the damage caused, if any, to the national or company. If damage exists, the tribunal shall be limited to establishing the financial obligations resulting for the Contracting Party.

(5) The arbitral award shall be binding and shall not be subject to appeals or further legal action, other than those provided for in the Convention referred to in paragraph 2. The financial obligations referred to in paragraph 4 shall be fulfilled in accordance with the provisions of that Convention.

(6) The Contracting Party involved in the dispute shall not, during arbitral proceedings or the enforcement of an arbitral award, invoke the fact that the national or company of the other Contracting Party received insurance compensation for the damage, either in whole or in part.

Article 11

This Treaty shall be in force regardless of whether diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 12

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bonn.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of the exchange of instruments of ratification. It shall remain in force for a period of 15 years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless either Contracting Party gives written notification to the other of its intention to terminate the Treaty 12 months before its expiration. After the first 15 years, the Treaty may be denounced at any time by giving 12 months' notice.

(3) Investments made prior to the date of termination of this Treaty shall continue to be protected by the provisions of articles 1 to 11 for an additional period of 15 years from such date.

Done at Caracas on 14 May 1996 in two original copies in the Spanish and German languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Venezuela:

MIGUEL ANGEL BURELLI RIVAS
Minister for Foreign Affairs

For the Federal Republic of Germany:

EIKE E. BRACKLO
Ambassador of the Federal Republic of Germany

PROTOCOL

With the signing of the Treaty between the Republic of Venezuela and the Federal Republic of Germany for the Promotion and Reciprocal Protection of Investments, the undersigned plenipotentiaries have agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty:

(1) Ad article 1

(a) In order to determine whether the term "companies" is applicable in accordance with the provisions of article 1, paragraph 4, account shall be taken of the seat of such companies, which shall mean the place where the company has its main place of management.

(b) Article 1, paragraph 4, shall not affect the legislation of either Contracting Party as it relates to the legal personality of companies.

(c) The Treaty shall also apply to areas of the exclusive economic zone and continental shelf over which international law grants to the Contracting Party concerned rights of sovereignty or jurisdiction.

(2) Ad article 3

(a) An investment shall, in particular, be deemed to be under the effective control of nationals or companies of a Contracting Party where the latter have a substantial interest in a company in the territory of the other Contracting Party and participate to a significant extent in its decisions.

(b) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of article 3, paragraph 2: the management, utilization, use and enjoyment of an investment. The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of article 3: less favourable investment conditions that affect the purchase of raw materials and other inputs, energy or fuel, or means of production or operation of any kind or the marketing of products inside or outside the country. Measures that are adopted for reasons of internal or external security or public order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of article 3.

(c) The provisions of article 3 do not obligate a Contracting Party to extend tax privileges, exemptions and relief accorded only to natural persons resident in its territory and companies having their seat in it, in accordance with its tax laws, to natural persons resident in the territory of the other Contracting Party and companies having their seat in the territory of the other Contracting Party.

(d) Each Contracting Party shall within the framework of its national legislation give favourable consideration to applications for the entry and sojourn of:

(i) Nationals of the other Contracting Party who wish to enter its territory as investors, and

(ii) Persons who wish to carry out a qualified activity in connection with an investment.

Applications for work permits for such persons shall also be given favourable consideration.

(3) Ad article 5

(a) The salary payments referred to in article 5, paragraph 1 (d), are to persons who, on the initiative of the investor, enter the territory in order to carry out qualified activities in connection with the investment.

(b) Transfers shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of article 5, paragraph 2, if effected within such period as is normally required for the completion of a transfer. The said period shall under no circumstances exceed two months.

(c) If a free exchange market does not exist, the transfers referred to in article 5 shall be effected at a rate of exchange which must not differ substantially from the cross-rate resulting from the rates of exchange that the International Monetary Fund would apply on the date of payment to change the respective currencies into special drawing rights.

(4) Ad article 10

(a) So long as the Republic of Venezuela has not become a party to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965, the dispute shall be submitted to arbitral proceedings before the International Centre for the Settlement of Investment Disputes in accordance with the rules governing the Additional Facility for the administration of proceedings by the Secretariat of the Centre (Additional Facility Rules), except as otherwise agreed by the parties to the dispute.

(b) If it should prove impossible to resort to arbitral proceedings in accordance with the Additional Facility Rules, the dispute shall, at the request of the national or company, be submitted to ad hoc arbitral proceedings in accordance with the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law.

(c) Article 10, paragraphs 3, 4, 5 and 6, shall apply mutatis mutandis to the cases referred to in subparagraphs (a) and (b).

(5) Without prejudice to the provisions of any other international agreement in force between the Contracting Parties, neither Contracting Party shall restrict the freedom of the investor to utilize the transport company of its choice to transport goods and persons in connection with its investment. Each Contracting Party shall grant the authorizations needed for this purpose.

Done at Caracas on 14 May 1996, in two original copies in the Spanish and German languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Venezuela:

MIGUEL ANGEL BURELLI RIVAS
Minister for Foreign Affairs

For the Federal Republic of Germany:

EIKE E. BRACKLO
Ambassador of the Federal Republic of Germany

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE DU VENEZUELA ET LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF À LA PROMOTION ET À LA
PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

La République du Venezuela et la République fédérale d'Allemagne,
Désireuses d'intensifier la coopération économique entre les deux États,

Entendant créer des conditions favorables aux investissements des nationaux et des sociétés de chacun d'eux sur le territoire de l'autre,

Reconnaissant que la promotion et la protection de ces investissements par voie de traité sont de nature à stimuler l'initiative économique privée et à accroître la prospérité des deux peuples,

Sont convenues de ce qui suit:

Article premier

Aux fins du présent Traité:

1. Le terme "investissements" désigne tous types d'avoirs; en particulier sont compris, non limitativement:

a) La propriété des biens meubles et immeubles, ainsi que tous autres droits réels tels qu'hypothèques et gages;

b) Les actions, droits de participation dans des sociétés et autres formes de participation dans des sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent servant à créer une valeur économique ou sur toute prestation à valeur économique;

d) Les droits de la propriété intellectuelle, comme les droits d'auteur, les brevets, les modèles d'utilité, les dessins et modèles industriels et commerciaux, les marques, les noms commerciaux, les secrets industriels et commerciaux, les procédés techniques, le savoir-faire (connaissances techniques et de gestion) et la survaleur incorporelle (prestige et clientèle);

e) Les concessions accordées par des entités de droit public, y compris les concessions de prospection et d'exploitation;

étant entendu que les modifications des modalités d'investissement des avoirs n'affectent pas leur statut d'investissements.

2. Le terme "revenus" désigne les sommes rapportées par un investissement, en particulier participations aux bénéfices, dividendes, intérêts, droits de licence et autres rémunérations.

3. Le terme "nationaux" désigne:

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne: les Allemands aux sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

b) En ce qui concerne la République du Venezuela: les Vénézuéliens au sens des dispositions légales en vigueur au Venezuela.

4. Le terme "sociétés" désigne toutes les personnes morales ainsi que toutes les sociétés commerciales et autres sociétés ou associations dotées ou non de la personnalité juridique dont le siège est situé sur le territoire de l'une des Parties contractantes, que leur activité ait un but lucratif ou non.

Article 2

1. Chacune des Parties contractantes encourage les investissements sur son territoire par des nationaux ou des sociétés de l'autre Partie contractante et les admet conformément à ses lois et réglementations. En tout état de cause, elle traite les investissements de manière juste et équitable conformément aux règles et principes généralement reconnus en droit international.

2. Le présent Traité s'applique aux investissements effectués par des nationaux ou des sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante en accord avec les lois et réglementations de cette dernière, lesquels bénéficient de la pleine protection dudit Traité. Il en va de même des revenus provenant des investissements et, s'ils sont réinvestis, les revenus provenant de ce réinvestissement.

3. Aucune des Parties contractantes ne fait obstacle sur son territoire, par des mesures arbitraires ou discriminatoires, à l'administration, à l'utilisation, à l'usage ou à la jouissance des investissements de nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 3

1. Aucune des Parties contractantes ne soumet sur son territoire les investissements des nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante ou les investissements sous leur contrôle effectif à un traitement moins favorable que celui accordé aux investissements de ses propres nationaux et sociétés ou de ceux d'États tiers.

2. Aucune des Parties contractantes ne soumet sur son territoire les nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante, s'agissant de leurs activités liées aux investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres nationaux et sociétés ou à ceux d'États tiers.

3. Ce traitement ne couvre pas les avantages ou privilèges qu'une Partie contractante accorde aux nationaux ou sociétés d'États tiers en raison de leur appartenance ou association à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre-échange.

4. Le traitement prévu dans le présent article ne s'applique pas aux avantages que l'une des Parties contractantes accorde aux nationaux et sociétés d'États tiers en conséquence d'un accord visant à éviter la double imposition ou autre accord fiscal.

Article 4

1. Les investissements des nationaux ou sociétés de chacune des Parties contractantes bénéficient d'une pleine protection et d'une pleine sécurité juridique sur le territoire de l'autre Partie contractante.

2. Les investissements de nationaux ou sociétés d'une Partie contractante ne peuvent pas, sur le territoire de l'autre Partie contractante, être expropriés ou nationalisés, ou faire l'objet d'autres mesures dont les effets équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique, et alors avec indemnisation. L'indemnisation doit correspondre à la valeur de l'investissement exproprié immédiatement avant la date de l'annonce publique de l'expropriation effective ou imminente -, de la nationalisation ou de la mesure équivalente. L'indemnité doit être versée sans retard et porte intérêts jusqu'à la date du paiement au taux d'intérêt commercial usuel; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable en monnaie convertible. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou autre mesure équivalente, ainsi que le montant de l'indemnisation, doivent pouvoir être revus dans le cadre de procédures devant les tribunaux compétents.

3. La Partie contractante qui adopte l'une quelconque des mesures mentionnées au paragraphe 2 concernant les avoirs d'une société à laquelle participent des nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante indemnise ces derniers conformément aux règles et principes visés au paragraphe 2 à concurrence de la part leur revenant.

4. Les nationaux ou sociétés d'une Partie contractante dont les investissements subissent des pertes à cause d'une guerre ou autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une insurrection sur le territoire de l'autre Partie contractante ne sont pas traités par celle-ci moins favorablement que ses propres nationaux ou sociétés ou ceux d'États tiers quant à la restitution, à la compensation, à l'indemnisation ou autre forme de dédommagement.

Article 5

Chaque Partie contractante garantit aux nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements liés à un investissement, s'agissant en particulier:

- a) Du capital et des fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Des revenus;
- c) De l'amortissement des prêts définis à l'alinéa c du paragraphe 1 de l'article premier;
- d) Des salaires;
- e) Du produit de la vente ou liquidation totale ou partielle de l'investissement;
- f) Des indemnisations visées aux paragraphes 2 et 3 de l'article 4;
- g) Des indemnisations visées au paragraphe 4 de l'article 4 lorsqu'il s'agit des paiements en espèces.

2. Le transfert s'effectue sans retard et sur la base du taux de change en vigueur sur le marché à la date du transfert.

Article 6

Si l'une des Parties contractantes ou une entreprise autorisée par elle fait des paiements au bénéfice de ses nationaux ou de ses sociétés en vertu d'une garantie pour risques non commerciaux accordée pour un investissement effectué sur le territoire de l'autre Partie contractante, celle-ci, sans préjudice des droits conférés à la première Partie contractante par l'article 9 du présent Traité, reconnaît la cession par effet de la loi ou par convention juridique de tous les droits ou créances de ces nationaux ou sociétés à la première Partie contractante ou à l'entreprise autorisée par elle. En outre, l'autre Partie contractante reconnaît la subrogation de la première Partie contractante dans tous les droits du précédent titulaire. S'agissant de transfert des paiements au titre des droits ainsi cédés, l'article 5 s'applique mutatis mutandis.

Article 7

1. Si les dispositions légales de l'une ou l'autre Partie contractante ou des obligations résultant du droit international et non envisagées dans le présent Traité, actuelles ou futures, entre les Parties contractantes, conduisent à une réglementation générale ou spéciale imposant d'accorder aux investissements des nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation prévaut sur le présent Traité pour autant qu'elle est plus favorable.

2. Chacune des Parties contractantes s'acquitte de tout autre engagement éventuellement contracté en rapport avec les investissements de nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante sur son territoire.

Article 8

Le présent Traité s'applique également aux questions pouvant se poser après son entrée en vigueur en rapport avec des investissements effectués par les nationaux ou sociétés d'une des Parties contractantes conformément aux lois et règlements de l'autre Partie contractante sur le territoire de cette dernière avant l'entrée en vigueur du Traité, mais pas aux différends survenus antérieurement.

Article 9

1. Les différends éventuels entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Traité sont, dans la mesure du possible, réglés par les gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Tout différend ne pouvant être réglé de cette manière est soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une ou l'autre des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral est constitué sur une base ad hoc: chaque Partie contractante nomme un membre du tribunal, et les deux membres ainsi nommés choisissent d'un commun accord comme président un national d'un État tiers qui est nommé par les gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres sont nommés dans un délai de deux

mois et le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties contractantes a communiqué à l'autre son désir de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais spécifiés au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'autre arrangement, chacune des Parties contractantes peut inviter le Président de la Cour internationale de Justice à procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait un national de l'une des Parties contractantes ou s'il était empêché pour une autre raison de s'acquitter de cette fonction, il revient au Vice-Président de la Cour de procéder aux nominations. Si ce dernier lui-même est un national de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché, il revient au membre de la Cour venant immédiatement à la suite dans l'ordre hiérarchique et qui n'est pas un national de l'une des deux Parties contractantes de procéder aux nominations.

5. Le tribunal arbitral prend ses décisions à la majorité des voix, et ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie contractante prend à sa charge les frais découlant des activités de son arbitre, ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure arbitrale; les frais du président et les autres frais sont pris en charge à parts égales par les Parties contractantes. Pour le reste, le tribunal arbitral arrête sa propre procédure.

Article 10

1. Les différends entre une Partie contractante et un national ou une société de l'autre Partie contractante au sujet des droits ou d'obligations découlant du présent Traité sont, dans la mesure du possible, réglés à l'amiable par les parties au différend.

2. Si un tel différend ne peut être réglé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle une des parties au différend l'a soulevé, il est soumis, si ledit national ou ladite société le demande, à une procédure arbitrale. À moins que les parties au différend n'en conviennent autrement, la procédure arbitrale est celle prévue par la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États.

3. Le tribunal arbitral rend sa décision sur la base du présent Traité et, le cas échéant, sur la base des autres traités en vigueur entre les Parties contractantes, du droit interne de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été effectué, y compris ses normes de droit international privé, et des principes généraux du droit international.

4. Dans sa sentence, le tribunal arbitral détermine si le comportement de la Partie contractante a été conforme aux dispositions du présent Traité. S'il détermine que la Partie contractante ne s'est pas acquittée des obligations qui lui incombent en vertu dudit Traité, il détermine le montant des dommages, le cas échéant, causés au national ou à la société, en se bornant à fixer les obligations pécuniaires qui en découlent pour la Partie contractante.

5. La sentence arbitrale est obligatoire et ne peut faire l'objet d'autres recours ou d'autres procédures que ceux prévus par la Convention visée au paragraphe 2. Les obligations pécuniaires visées au paragraphe 4 sont exécutées conformément aux dispositions de ladite Convention.

6. La Partie contractante impliquée dans le différend s'abstient d'alléguer, pendant la procédure arbitrale ou l'exécution de la sentence, que le national ou la société de l'autre Par-

tie contractante a reçu une indemnisation au titre d'une police d'assurance pour tout ou partie du dommage.

Article 11

Le présent Traité s'applique sans égard à l'existence ou à l'inexistence de relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

Article 12

1. Le présent Traité entrera en vigueur un mois après la date à laquelle il aura été procédé à l'échange des instruments de ratification. La durée de sa validité sera de quinze ans et il sera ensuite indéfiniment prorogé, sauf notification écrite adressée par une Partie contractante à l'autre Partie contractante de son intention d'y mettre fin, effectuée douze mois avant la date d'expiration. Au bout de quinze ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment moyennant préavis de douze mois.

3. Pour ce qui est des investissements effectués avant la date de dénonciation du présent Traité, les dispositions des articles premier à 11 leur resteront applicables pendant les quinze années suivant cette date.

Fait à Caracas le 14 mai 1996 en deux exemplaires originaux, en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République du Venezuela:

MIGUEL ANGEL BURELLI RIVAS
Ministre des relations extérieures

Pour la République fédérale d'Allemagne:

EIKE E. BRACKLO
Ambassadeur de la République fédérale d'Allemagne

PROTOCOLE

Au moment de signer le Traité entre la République du Venezuela et la République fédérale d'Allemagne relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés ont adopté les dispositions ci-après, considérées comme faisant partie intégrante du Traité.

1) Ad article premier:

a) Pour déterminer si la notion de "société" au sens des dispositions du paragraphe 4 de l'article premier est applicable, il est tenu compte du siège, à savoir le lieu où se trouve l'administration.

b) Le paragraphe 4 de l'article premier n'affecte aucunement la législation de chaque Partie contractante relative à la personnalité morale des sociétés.

c) Le Traité s'applique également aux secteurs de la zone économique exclusive et du plateau continental sur lesquelles le droit international confère à la Partie contractante concernée des droits de souveraineté ou de juridiction.

2) Ad article 3:

a) Un investissement est spécialement réputé se trouver sous le contrôle effectif de nationaux ou de sociétés d'une Partie contractante lorsque ces derniers détiennent des participations substantielles dans une société sur le territoire de l'autre Partie contractante et participent de façon significative à la prise de ses décisions.

b) Par "activités" au sens du paragraphe 2 de l'article 3 sont notamment mais non limitativement entendus l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance d'un investissement. Sont notamment mais non limitativement considérées un "traitement moins favorable" au sens de l'article 3 des conditions moins favorables affectant l'acquisition de matières premières et d'autres facteurs de production, d'énergie ou de combustibles, ainsi que les moyens de production ou d'exploitation de toute catégorie ou la vente de produits dans le pays même et à l'étranger. Ne sont pas considérées un "traitement moins favorable" au sens de l'article 3 les mesures prises pour des motifs de sécurité intérieure ou extérieure et d'ordre public, de santé publique ou de bonnes moeurs.

c) Les dispositions de l'article ne font pas obligation à une Partie contractante d'accorder aux personnes physiques résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante et aux sociétés qui y ont leur siège les avantages, exemptions et abattements fiscaux qui, en vertu du droit fiscal, sont accordés aux seules personnes physiques résidant sur le territoire de la première Partie contractante et les sociétés qui y ont leur siège.

d) Les Parties contractantes, conformément à leurs dispositions légales, considèrent avec bienveillance les demandes de permis d'entrée et de séjour sur leur territoire présentées:

i) par des nationaux de l'autre Partie contractante souhaitant entrer sur leur territoire en qualité d'investisseurs; et

ii) par des personnes souhaitant exercer une activité qualifiée en rapport avec un investissement.

Sont également considérées avec bienveillance des demandes de permis de travail présentées par lesdites personnes.

3) Ad article 5:

a) Les salaires visés à l'alinéa d) du paragraphe 1 de l'article 5 sont ceux qui sont versés aux personnes qui, sur l'initiative de l'investisseur, sont entrées dans le pays pour y exercer des activités qualifiées en rapport avec les investissements.

b) Sont considérés comme effectués "sans retard", au sens du paragraphe 2 de l'article 5, les transferts réalisés dans les délais qu'exige normalement l'exécution d'un transfert, ledit délai ne devant en aucune circonstance dépasser deux mois.

c) S'il n'existe pas de marché libre des changes, les transferts visés à l'article 5 sont effectués sur la base d'un taux de change ne devant pas s'écarter sensiblement du taux croisé (cross rate) résultant des taux de change appliqués par le Fonds monétaire international à la date du paiement entre les monnaies correspondantes et les droits de tirage spéciaux.

4) Ad article 10:

a) Tant que la République du Venezuela ne sera pas devenue Partie à la Convention du 18 mars 1965 relative au règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, le différend est soumis à une procédure arbitrale devant le Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements conformément au règlement du Mécanisme supplémentaire pour l'administration des procédures par le Secrétariat du Centre (Règlement relatif au Mécanisme supplémentaire) si les parties au différend n'ont pas pris d'autres arrangements.

b) S'il n'est pas possible d'avoir recours à la procédure arbitrale conformément au Règlement relatif au Mécanisme supplémentaire, le différend est soumis, à la demande du national ou de la société, à une procédure arbitrale ad hoc conformément au Règlement d'arbitrage de la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international.

c) Les paragraphes 3, 4, 5 et 6 de l'article 10 s'appliquent mutatis mutandis aux cas visés aux alinéas a) et b).

5) Sans préjudice des dispositions de tout autre accord international en vigueur entre les Parties contractantes, aucune des Parties contractantes ne limite la liberté de l'investisseur d'utiliser l'entreprise de transport de son choix pour le transport de marchandises et de personnes en rapport avec son investissement. À cette fin, chacune des Parties contractantes accorde les autorisations nécessaires.

Fait à Caracas le 14 mai 1996 en deux exemplaires originaux en langues espagnole et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour la République du Venezuela:

MIGUEL ANGEL BURELLI RIVAS
Ministre des relations extérieures

Pour la République fédérale d'Allemagne:

EIKE E. BRACKLO
Ambassadeur de la République fédérale d'Allemagne